

Sachbericht

Ist die Integration von Migranten gescheitert?

Podiumsdiskussion am 2.3.06 von 19 Uhr bis 21 Uhr in der Volkshochschule Trier

1. Zielgruppe: Bürger/innen der Stadt Trier, Schüler/innen und Studierende, Verwaltungsbeamte/innen, Personen, die sich politisch und pädagogisch mit Migration und Integration beschäftigen

2. Lernziel: Darstellung und Diskussion verschiedener Blickwinkel, insbesondere der behördlichen Sicht wurde ein Forum geboten

3. Teilnehmer/innenzahl: 59

4. Darstellung der Inhalte und Methoden sowie kritische Beurteilung der Veranstaltung durch den Projektverantwortlichen:

An der Podiumsdiskussion zum Abschluss der Veranstaltungsreihe „Parallelgesellschaften in Deutschland – Realität oder Fiktion?“ nahmen Frau Ina-Beate Fohlmeister (Interkulturelles Referat der Stadt Köln), Herr Dietmar Martini-Emden (Amt für Ausländerangelegenheiten der Stadt Trier) und Herr Roland Röder (Aktion Dritte Welt Saar e.V. aus Losheim) teil. Die Podiumsteilnehmer/innen stellten zunächst jeweils in einem etwa 15 Minuten dauernden Referat ihre Arbeit mit Migrant/innen und Flüchtlingen vor.

Zu Frau Fohlmeister:

Frau Fohlmeister gab einen Einblick in die Arbeit des Interkulturellen Referats der Stadt Köln. Das Referat, welches aus 5 ½ Personen besteht, versteht sich als Bindeglied zwischen der Gesellschaft auf der einen und den Institutionen der Stadtverwaltung auf der anderen Seite. Integration, so machte es Frau Fohlmeister deutlich, bedeute für sie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auf den von ihr mitgebrachten Folien versuchte sie die aktuelle Situation der Migrant/innen und die Arbeit des Interkulturellen Referats zu verdeutlichen. Köln ist eine Stadt mit etwa 180 Nationalitäten (vor allem türkischstämmige Menschen), somit haben ¼ der in Köln lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Köln zeichnet sich dadurch aus, dass es, im Gegensatz zu anderen Großstädten, keinen Einwohnerschwund erlebt, stattdessen auf über 50.000 Einbürgerungen im Jahr 2005 verweisen kann. Sowohl das links- als auch das rechts-rheinische Köln weisen hohe prozentuale Anteile von Migrant/innen auf, wobei im rechts-rheinischen Köln aufgrund der dort angesiedelten Industrie und der dort lebenden Gastarbeiter/innen die meisten Migrant/innen leben (Köln-Kalk: 40% der Bevölkerung). Laut Frau Fohlmeister gibt es eine Korrelation zwischen dem Ausländeranteil und der Arbeitslosigkeit bzw. der Abhängigkeit von Sozialhilfe. Daher wurde in den letzten Jahren ein Maßnahmenprogramm entwickelt, welches sich vorwiegend um junge Menschen unter 18 Jahren kümmern soll. Die Situation der Migrant/innen bezeichnete Frau Fohlmeister in ihrem Referat als schwierig, was sich auch in den dargelegten Zahlen widerspiegelte. Die Migrant/innen zählen vorwiegend zu den sozial Schwachen, haben unzureichende Sprachkenntnisse und niedrige schulische Qualifikationen, was zu einem eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt führt. Seit 1996 gibt es den Kölner Integrationsrat, der vor einem Jahr neu gewählt wurde. Der Rat, der über keine Entscheidungskompetenz, aber über Beratungs- und Empfehlungsfunktionen verfügt, setzt sich aus 22 direkt gewählten Mitgliedern, elf vom Stadtrat benannten Mitgliedern und neun beratenden Mitgliedern aus Verbänden zusammen. Die Arbeit und das Erscheinungsbild des Rates bezeichnete Frau Fohlmeister als zunehmend international und betonte, dass trotz Mittelkürzungen alles versucht würde, um dem Anspruch der Integration gerecht zu werden.

Zu Herrn Martini-Emden:

Herr Martini-Emden verzichtete während seines Vortrags auf Folien und stellte die Arbeit der Trierer Ausländerbehörde mündlich dar. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Aufgaben der Behörde. Hierzu zählt die Regulierung des Aufenthalts einerseits und die Integration in das Rechtssystem andererseits. Zur Regelung des Aufenthaltes erklärte er, dass die Gewährung bzw. die Versagung des Aufenthaltes in Deutschland vor allem von sozio-ökonomischen Gründen abhängig gemacht werden, was sich im Zuwanderungsgesetz von 2005 widerspiegeln würde. Unabhängig davon gäbe es in Deutschland das Recht auf Asyl. Hier betonte er, dass der Staat nicht nur fördere, sondern auch fordere. Die multikulturelle Integration spiele eine zunehmende Rolle. Hierzu zählte er nicht allein die Gesetzestreue der Migrant/innen, sondern auch die freiwillige Integrationsfähigkeit derselben. Er stellte darüber hinaus neuerliche Entwicklungen dar, wie sie in den Bundesländern derzeit diskutiert und durchgeführt werden (Staatsbürgerkurs; Fragebogen zur Integrationsbereitschaft). Die Sprache spiele eine entscheidende Rolle. Den Migrant/innen würden 600 Unterrichtsstunden zum Erwerb der deutschen Sprache und weitere 30 Orientierungskursstunden zur Vertiefung staatsbürgerlicher Kenntnisse zur Verfügung stehen. Mit diesen Maßnahmen, so Martini-Emden, fördere und fordere der Staat die Integration und sei in der Lage, falls Migrant/innen die Mitarbeit ablehnen, mit Sanktionen zu drohen.

Zu Herrn Röder:

Herr Röder von der Aktion Dritte Welt Saar e.V. hat in seinem Vortrag den Begriff "Integration" in Frage gestellt. Er machte deutlich, dass der Begriff Integration, ebenso wie der Begriff Globalisierung, ein Containerbegriff sei. Hiermit meinte er, dass 10 verschiedene Menschen zwar denselben Begriff benutzen, aber ganz unterschiedliche Aspekte mit ihm verbinden. Er betonte, dass in Deutschland das „Ideal“ einer nationalen Leitkultur den Gegensatz des „Wir“ (die Guten) und „Ihr“ (die Anderen) fördere. Dieses durchziehe alle gesellschaftlichen Schichten. Integration bedeute, und damit unterschied er sich deutlich von seiner Vorredner/innen, zum einen die Gewährleistung der größtmöglichen Pluralität an Entscheidungsmöglichkeiten, zum anderen das Erwünschtsein der Migrant/innen: „Du bist erwünscht!“ sei die zentrale Aussage, die eine Integration erst möglich machen würde. Das Bild des Migranten hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt. In den 1950ern wurden viele Gastarbeiter nach Deutschland gerufen, doch diese Anwerbung von Menschen legte den Grundstein der „Lebenslüge in Deutschland“ – der Integration. Zwei grundverschiedene Akteure sind nach seiner Auffassung derzeit mit der Integration von Migrant/innen beschäftigt: die staatlichen Stellen einerseits, die Verbände und nicht-staatlichen Einrichtungen andererseits. Die Politik der Ausgrenzung spiele sich, so Herr Röder, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ab. Um Europa sei eine imaginäre Mauer gebaut worden, in Form des Schengener Abkommens. Diese Mauer fordere jedes Jahr viele Tote, was vielen Bürger/innen nicht bekannt sei. Herr Röder räumte ein, dass die im Asylbereich tätigen Verbände ebenfalls viele Fehler gemacht haben. Seit Jahren habe sich eine islamische Parallelgesellschaft gebildet. Verhaltensweisen, die nicht zu dulden seien, wurden über Jahre hinweg akzeptiert, was zu einer Kultur des gegenseitigen Akzeptierens geführt habe. Herr Röder betonte, dass man sich zum einen über die Rolle der Gesetz zum Schutz der Selbstbestimmung Gedanken machen und sich zum anderen vom Zangengriff des Staates und des Islamismus lösen müsse.

Nach den Vorträgen hatten die Referent/innen die Gelegenheit, auf die Referate der anderen Podiumsteilnehmer/innen einzugehen. Dabei stellte Frau Fohlmeister heraus, dass es sich bei der Integration nicht nur um eine Aufgabe der Migrant/innen, sondern auch um eine besondere Anstrengung aller Menschen handeln müsse. Das Zuwanderungsgesetz sei dabei nur ein (unzureichender) Rahmen, den alle Menschen ausfüllen müssten. Herr Martini-Emden machte deutlich, dass das Zuwanderungsgesetz erst der erste Schritt sei, weitere Maßnahmen folgen müssten. Allerdings unterscheidet der Staat sehr deutlich zwischen denen, die integriert werden sollten und denen, die nicht integriert werden sollten. Er sah ebenso die Notwendigkeit der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Herr Röder kritisierte den parteiübergreifenden Konsens zur Begrenzung der Aufnahmefähigkeit in Deutschland. Die ökonomische „Verwertbarkeit“ der Migrant/innen wurde von ihm angeprangert. Fra-

gebögen, wie sie in Baden-Württemberg benutzt werden, lehnte er ab, da selbst viele deutsche Bürger/innen manche Fragen nicht bestehen würden.

Nach den Darlegungen fand eine breite Diskussion um Integration, Fundamentalismus und Zuwanderungspolitik in Deutschland statt. Viele Fragen richteten sich an Frau Fohlmeister und an die Arbeit des Interkulturellen Referats der Stadt Köln. Zu den Fragen zählten die Infrastruktur des Referates, der Umgang mit Medien und der Öffentlichkeit und die möglichen Gefahren der Ghettoisierung in Großstädten. Kritik wurde vor allem an der Position von Herrn Martini-Emden, als Vertreter des Staates, sowie an der Position von Herrn Röder geübt. Während Herr Martini-Emden für seine "unmenschliche" Ansicht und die Rolle seiner Behörde bei Abschiebungen gerügt wurde, wurde Röder für seine kritische Einstellung zum Islamismus kritisiert, wobei einzelne im Plenum eine Kritik des Fundamentalismus im Allgemeinen forderten und keine alleinige Kritik am Islamismus. Strittig blieb bis zuletzt, ob man überhaupt den Begriff Parallelgesellschaft verwenden dürfe, schließlich gebe es die unterschiedlichsten Parallelgesellschaften (Fußballfans, Kirche). Vielen galt der Begriff eher als Kampf- denn als Arbeitsbegriff. Herr Röder betonte jedoch die Notwendigkeit des Begriffes, da er auf islamistische Entwicklungen verweise und diese kritisiere. Der Kritik an Herrn Martini-Emden folgte die Kritik an der staatlichen Politik und der generellen Kritik an der Politik Europas. Insgesamt entbrannte eine intensive Diskussion, welche die verschiedenen Standpunkte deutlich machte.